

COP21: Industrielle Landwirtschaft gefährdet das Klima und die Ernährungssicherheit

Paris, 10 Dezember. Mehr als 600 Millionen Menschen könnten im Jahre 2080 zusätzlich durch den Klimawandel von Mangelernährung bedroht sein. Doch im aktuellen Entwurf des neuen UN-Klimaabkommens fehlt ein Bekenntnis zu gesunder Ernährung sowie zu einer nachhaltigen und klimaschonenden Landwirtschaft. Als Teil einer Allianz internationaler Nichtregierungsorganisationen fordert Aktion gegen den Hunger von den COP21-Staaten, den im September 2015 verabschiedeten UN-Zielen für Nachhaltige Entwicklung gerecht zu werden.

Im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels fallen die Verhandlungsführer während der UN-Klimakonferenz (COP21) in Paris hinter bereits erzielte Erfolge zurück. In den im September 2015 verabschiedeten UN-Zielen für Nachhaltige Entwicklung wird eine "nachhaltige Landwirtschaft" und "bessere Ernährung" gefordert. Dieser Verweis fehlt im aktuellen Entwurf der UN-Klimaziele. Hier ist lediglich von Ernährungssicherheit und dem "Schutz der Nahrungsmittelproduktion und - verteilung" die Rede. Damit werden weder die Probleme der globalen Mangelernährung angegangen, noch Alternativen zur klimaschädlichen industriellen Landwirtschaft entwickelt.

Hunger im 21. Jahrhundert trotz vorhandener Lösungen

Laut UN-Angaben leiden rund 795 Millionen Menschen weltweit an Hunger. Doch die Welt produziert bereits mehr als zweimal so viele Lebensmittel wie nötig. Jedem Menschen stehen theoretisch 4.600 Kalorien zur Verfügung statt der im Schnitt empfohlenen 2.100 Kalorien. Hunger bedeutet heute für Millionen Menschen, dass sie keinen Zugang zu ausreichend guter und gesunder Nahrung haben – sie leiden daher an Mangelernährung.

Der in Paris geforderte "Schutz der Nahrungsmittelproduktion und -verteilung" wird dem Problem der Mangelernährung nicht gerecht. Bereits während des Welternährungsgipfels 1996 in Rom einigten sich die Vereinten Nationen auf einen umfassenderen Ansatz. Ernährungssicherheit bedeutet demnach, dass "alle Menschen zu jeder Zeit physischen und ökonomischen Zugang zu ausreichendem, sicherem und nahrhaftem Essen" haben. Diese allgemein anerkannte Definition sollte auch im neuen UN-Klimavertrag Verwendung finden.

Industrielle Landwirtschaft: Teil des Problems, nicht der Lösung

Ein großer Teil der anthropogenen Treibhausgasemissionen stammt aus der industrialisierten Landwirtschaft. So werden rund 18 Prozent der argentinischen Klimagase in der Viehzucht freigesetzt. Argentinien gehört jedoch auch zu einer Gruppe von Entwicklungsländern (Like-Minded Developing Countries on Climate Change), die sich für den einseitigen Verweis auf den "Schutz der Nahrungsmittelproduktion und -verteilung" einsetzen. Auch in Deutschland ist die Landwirtschaft eine der größten Quelle für klimaschädliche Emissionen. Ihr Anteil von 12 Prozent übersteigt selbst die Emissionen der Industrie.

Doch trotz moderner, hochtechnisierter Anbaumethoden steigt der Anteil der Menschen mit Mangelernährung weltweit. Gleichzeitig werden Millionen Hektar Ackerland durch Monokulturen und Bodenerosion zerstört. Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist aus nachhaltigem und lokalem Anbau eine von fossilen Treibstoffen abhängige, globalisierte Industrie geworden. Dieses agroindustrielle System gefährdet unsere Ernährungssicherheit und ist einer der Hauptursachen des Klimawandels.

Aktion gegen den Hunger fordert von der Staatengemeinschaft mehr Einsatz für eine nachhaltige Landwirtschaft und die ausreichende Ernährung aller Menschen, wie im September 2015 in den UN-Zielen für Nachhaltige Entwicklung beschlossen. Ernährungssicherheit muss in den Abschlusstext der COP21-Verhandlungen aufgenommen werden und darf nicht als Feigenblatt für eine klimaschädliche und ineffiziente Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie missbraucht werden.

Klimawandel gefährdet die Ernährungssicherheit

Der alleinige Fokus etlicher COP21-Verhandlungspartner auf Nahrungsmittelproduktion und - verteilung wird den bestehenden Herausforderungen nicht gerecht. Die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft müssen dringend reduziert werden. Ein Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur um 1,5 °C wird deutlich weniger negative Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit haben als ein Anstieg um 2 °C oder 3 °C.

Schätzungen des UN-Klimarates (IPCC) gehen davon aus, dass die Erträge der wichtigsten Grundnahrungsmittel (Weizen, Reis, Mais u.a.) aufgrund klimatischer Veränderungen pro Jahrzehnt um 2 Prozent zurückgehen werden. Auch wenn die Erwärmung auf +2°C reduziert werden kann, würde so die Unterernährung in Afrika südlich der Sahara bis 2050 um 25 bis 90 Prozent zunehmen.

Weiterführende Informationen (EN): www.hungerandclimate.org

Über Aktion gegen den Hunger:

Als internationale humanitäre Hilfsorganisation behandelt Aktion gegen den Hunger mangelernährte Kinder, richtet Zugang zu sauberem Trinkwasser ein und schafft nachhaltige Lösungen gegen den Hunger. Mit mehr als 35 Jahren Erfahrung im Umgang mit Konflikten, Naturkatastrophen und chronisch unsicheren Ernährungssituationen ist die Organisation in 47 Ländern im Einsatz und erreicht jedes Jahr mehr als 13 Millionen Menschen.

Webseite: www.aktiongegendenhunger.de

Pressekontakt: Hannah Schindler I Aktion gegen den Hunger/ hschindler@aktiongegendenhunger.de I Tel.: +49 (0) 30 2790 997 13